



BERGSTRASSE

PRESSEMITTEILUNG 9/2019

„Lehrkräfte sollten sich keinesfalls einschüchtern lassen“

Kreis Bergstraße. Große Unsicherheit machte sich in den Lehrerkollegien breit, als die AfD vor anderthalb Jahren das erste Meldeportal für Schüler im Internet eröffnete, damit diese die Möglichkeit haben, es unmittelbar zu melden, wenn ein Lehrkraft im Unterricht etwas sagt, was sich gegen die rechte Partei richtet. Muss ein Lehrer etwa mit seinen Ansichten grundsätzlich hinterm Berg halten? Jedenfalls stellt sich die Frage, wie mit der Partei allgemein und im Bereich der Bildung im Besonderen umgegangen werden soll.

Für Professor Dr. Tim Engartner von der Universität Frankfurt ist die Sache klar: Es ist notwendig, klare Kante zu zeigen. „Lehrkräfte sollten sich keinesfalls einschüchtern lassen. Als Beamte sind Lehrer allein schon durch ihren Status geschützt, denn Berufsbeamte haben sich nicht nur der Verfassungstreue verpflichtet, sondern auch der Verfassungsverteidigung“, betonte der Sozialwissenschaftler bei seinem gut besuchten Vortrag mit dem Titel „Haltung statt Zurückhaltung: Wie neutral darf, kann oder muss Schule sein?“, zu dem der Bergsträßer Kreisverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in die Geschwister-Scholl-Schule nach Bensheim eingeladen hatte.

Gegen verharmlosende Äußerungen wie Gaulands Aussage, dass der Nationalsozialismus nur ein „Vogelschiss“ gewesen sei oder Höckes abwertende Bezeichnung des Holocaust-Mahnmals als „Denkmal der Schande“ könnten nicht einfach stehengelassen werden. „So etwas muss sogar thematisiert werden“, sprach sich Engartner deutlich gegen eine Zurückhaltung von Lehrkräften aus. Eine offensive Herangehensweise sei mehr denn je nötig. „Ein Rückzug auf die Neutralität ist gerade in der heutigen Zeit absolut obsolet geworden“, stellte der Professor klar.

Die Vorstellung der AfD, dass Lehrkräfte keinerlei politische Äußerungen tätigen dürfen, sei falsch. Es sei nicht verboten, seine politische Meinung zu äußern. Ein Werben für die eigene Position bei den Schülern sei freilich nicht statthaft. „Das gilt auch bei der Notenvergabe: Das Ausrichten der Zensuren nach der politischen Haltung der Schüler ist natürlich nicht gestattet“, so Engartner. Wenn jedoch an den demokratischen Grundfesten gerüttelt und bisweilen sogar das Selbstverständnis der Bundesrepublik angegriffen werde, sei es notwendig, auch klar Stellung zu beziehen.

Demokratie gedeihe aber immer dort am besten, wo sie auch gelebt werde. Deshalb warb Engartner dafür, demokratische Spielregeln auch im Schulalltag selbstverständlich werden zu lassen: „Das gilt bei der Wahl des Klassensprechers ebenso wie bei der Wahl eines Exkursionsziels. Man kann nicht immer etwas von Demokratie predigen, dann aber selbst den Diktator spielen.“ Aber auch die Bildungspolitik müsse ihren Beitrag leisten. Ein Zurückfahren der politischen Bildung sei konsequent abzulehnen. Dass etwa in Nordrhein-Westfalen bereits aus dem Fach „Politik und Wirtschaft“ das Fach „Wirtschaft und Politik“ wurde, also die politische zugunsten der ökonomischen Bildung mehr in den Hintergrund rückte, sei gerade angesichts der allgemeinen politisch-gesellschaftlichen Gemengelage nicht einmal ansatzweise nachzuvollziehen. Der Wissenschaftler warnte aber davor, die Bildung im Bereich der Demokratiestärkung als ein Allheilmittel zu sehen. Sie sei lediglich einer von mehreren Faktoren. Es sei nicht zuletzt von Bedeutung, Themen wie die Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse oder die immer größer werdende Schere zwischen arm und reich nicht außen vor zu lassen. Der Umstand, dass Kinderarmut stetig ansteige und auch eine Welle von Altersarmut zu erwarten ist, müsse alarmieren. „Zwar wird das von einigen politischen Kräften behauptet, doch in Deutschland geht es keinesfalls allen gut. Dabei könnten wir uns genau das leisten, als eines der reichsten Länder der Welt“, stellte Engartner fest und mahnte eine ungerechte Verteilung des Reichtums an.

Dass aus dieser Situation Abstiegsängste resultieren, sei verständlich, zumal gerade in den Städten Menschen bisweilen die Hälfte ihres Einkommens bereits für die Zahlung der Wohnungsmiete aufwenden müssen. „Wenn man weiß, dass man möglicherweise nur eine Scheidung, eine Kündigung oder eine Krankheit von der Armut entfernt ist, dann macht das Angst“, so der Professor.

Es müsse deutlich werden, dass die AfD gerade für diejenigen, die Abstiegsängste haben, praktisch nicht zu bieten hat. „Ein kritischer und faktengesteuerter Umgang mit der AfD ist angebracht, denn sie ist im Kern eine neoliberale Partei, die nicht mal ansatzweise Verbesserungen für sozial Benachteiligte zu bieten hat“, unterstrich Engartner. Allerdings sei es nötig, keine „Konfirmation der Konfirmierten“ zu betreiben, wie es der Wissenschaftler ausdrückte. Beispielsweise zu Vortragsveranstaltungen zu diesem Thema kämen im Normalfall ohnehin nur politisch Interessierte. „Wir müssen in die Bierzelte, an die Stammtische und in die Fußballstadien“, so Engartner, der dafür plädiert, den Menschen, die sich von der rechten Partei angesprochen fühlen, zum einen zuzuhören, zum anderen mit ihnen das Gespräch zu suchen und sie argumentativ zu stellen.